Podiumsdiskussion zur HV

Gemeinsam gegen Staatsmedizin

Unter den großen Titel „Freiberuflichkeit und Selbstorganisation“ hat der Freie Verband Deutscher Zahnärzte (FVDZ) in diesem Jahr die Eröffnung seiner Hauptversammlung (HV) gestellt. Bei einer Podiumsdiskussion sprachen Politiker, Interessenvertreter und Standespolitiker unter diesem Aspekt über die aktuelle Gesundheitspolitik. Höchst aktuell wurde das geplante GKV-Selbstverwaltungsstärkungsgesetz zum Hauptthema in der Runde.

„Wenn wir uns nicht einig gegen dieses Gesetz stellen, dann degradiert die Politik uns zu Erfüllungsgehilfen, um die eigene Macht zu stärken“, sagte der FVDZ-Bundesvorsitzende Harald Schrader zum Auftakt. „Der demokratische Selbstverwaltungsprozess wird damit ad absurdum geführt.“ Beim Vorstandsvorsitzenden der Kassenzahnärztlichen Vereinigung (KZBV), Dr. Wolfgang Eßer, und auch beim Präsidenten der Bundeszahnärztekammer (BZÄK) Dr. Peter Engel, stieß Schrader mit dieser Haltung auf viel Zustimmung, bevor sie auf die Fragen des Moderators der Podiumsrunde, Egbert Maibach-Nagel, ihrem Unmut über die neue Gesetzesvorlage aus dem Bundesgesundheitsministeriums (BMG) freien Lauf ließen. Das BMG wolle mit dem Gesetz darüber hinwegtäuschen, dass es versäumt habe, seine Aufgaben als Rechtsaufsicht über die Körperschaften wahrzunehmen, sagte Eßer in Anspielung auf die Skandale bei der Kassenzahnärztlichen Vereinigung (KBV), die nun zum Anlass für das neue Gesetz vorgeschoben würden. „Wir sind im höchsten Maße alarmiert.“ Die Politik führe jetzt einen „Popanz auf, mit dem die Selbstverwaltung kastriert“ werde. Die Zahnärzteschaft und deren Selbstverwaltungsinstitutionen seien es, die die zahnmedizinische Versorgung der Bevölkerung sicherstellten. „Dieses Gesetz ist maßlos und aktionslüstern“, sagte Eßer. Er kündigte den Widerstand der KZBV an und rief zur Auflehnung gegen das Gesetz auf. Bei der HV sei er quasi nur auf der Durchreise nach Berlin zum Bundesgesundheitsministerium. In den Gesprächen dort werde er vor allem eines deutlich machen, kündigte Eßer an: „Jetzt ist Schluss!“

Auch BZÄK-Präsident Engel fand scharfe Worte: „Es kann nicht sein, dass wir hier in Sippenhaft genommen werden für

die Verfehlungen der KBV“, betonte er. „Was dieses Gesetz zeigt, ist eine gigantische Misstrauenskultur und alles, was an uns herangetragen wird, ist ein einziges Affentheater.“ Auch er plädierte für ein geschlossenes Auftreten der Zahnärzteschaft. Festredner und Podiumsteilnehmer Frank Schäffler, Geschäftsführer von Prometheus – das Freiheitsinstitut, zeichnete ein eher düsteres Bild über die Aussichten, das Gesetz noch abwenden zu können. „Das einzige, was jetzt noch hilft, ist richtig Druck“, betonte er. Offenbar habe Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe sein Ministerium nicht im Griff. Dem schloss sich auch der FDP-Landesvorsitzende aus Schleswig-Holstein, Dr. Heiner Garg, an. „Dieser Entwurf gehört komplett eingestampft“, sagte Landtagsabgeordnete schlicht. „Wir brauchen ein freiheitliches Gesundheitssystem, das sich nicht in Richtung Staatsmedizin bewegt.“

Eher weniger mit der gemeinten Form der Freiberuflichkeit konnte sich offenbar die Gesundheitspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Die Linke, Kathrin Vogler, anfreunden. „Wir haben kein Problem mit Freiberuflichkeit“, sagte sie konziliant. „Wir brauchen freiberufliche Zahnärzte, um die flächendeckende Versorgung sicherzustellen.“ In einem Punkt allerdings geht auch sie mit dem Freien Verband konform: „Wir müssen die Therapiefreiheit gegen markt- und wettbewerbsorientierte Trends verteidigen.“ Der FVDZ-Bundesvorsitzende plädierte in diesem Zusammenhang dafür, wieder „zum Prinzip der Subsidiarität“ zurückzukehren und appellierte an die Politik: „Überlassen Sie es dem Berufsstand, unsere ureigenen Dinge selbst zu regeln, uns selbst zu organisieren und zu kontrollieren. Wir machen das – wenn man uns lässt.“ sas